

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Hauptstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. möglich. Abgabe 15 Pf. Alle Postanfragen an die Geschäftsstelle. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Postboten und andere Auswärtige zu jeder Zeit. Bei Abnahme bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermitteln. Tagespreis 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.



Angelagerter: die Spezialpreis-Kategorie 20 Goldpremie, die 4 gelbsten Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpremie, die 3 gelbsten Reklamepreise im zeitlichen Teile 100 Goldpremie. Nachweisungsgebühr 20 Goldpremie. Werbung und Platzverträge werden nach Absprache mit dem Verleger bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermitteln. Tagespreis 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa

Nr. 62. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 13. März 1926

Verwirrung.

Sie sprachen zwar, in der Hauptsache, nur französisch und englisch in der Zentrale der Völkervereinigung am Genfer See, die Staatsmänner und Diplomaten, die Journalisten und Photographen alle, die sich zu dem großen Schauspiel der seit Jahren unentwegt geforderten Aufnahme Deutschlands in den Bund der Nationen in diesen unfreundlichen Märztagen dort zusammengedrängt haben. Daneben allenfalls ein bißchen italienisch und, wenn es gar nicht anders geht, auch ein ganz klein wenig deutsch. Aber die Sprachenverwirrung, die unter ihnen ausgebrochen ist, seitdem die deutschen Delegierten mit dem Kanzler an der Spitze vor der Tür des Völkerbundes der Dinge harren, die da kommen sollen, könnte gar nicht größer sein, wenn sie genötigt wären, sich in fünfzig oder gar in hundert Sprachen zu verständigen.

Der Schwede verstand den Spanier nicht mehr und der Pole nicht den Chinesen, der Schweizer wußte nicht, was der Japaner eigentlich meinte, und kaffischüßelnd kannten Holländer und Belgier über das Geisde um sie her, aus dem sie sich gar keinen Vers zu machen wußten. Allenfalls schlen eine gewisse Verständigung zwischen Polaklianiern und den Zehnboten des Herrn Mussolini gelungen zu sein; dafür aber müssen sich jene den lebhaften Widerspruch anderer südamerikanischer Völkervereinigungsmitglieder gefallen lassen, obwohl doch so sehr aufeinander angewiesene Nachbarstaaten keine besonderen Verständigungsschwierigkeiten unter sich haben sollten.

Hätte man es in Genf wirklich nur mit Sprachenverwirrung zu tun oder lag nicht vielmehr schon eine ausgemachte Begriffs- und Gedankenverwirrung vor, die für die Zukunft des Völkerbundes schwere Beschränkungen aufzulegen läßt? Kein Zweifel, der Bund hatte eine sehr ernste Probe auf seine Lebensfähigkeit zu bestehen, und es sah recht bald so aus, als sollte er sich dabei äußerst schlecht bewähren. Deutschland würde, wenn hier wieder einmal ein schöner Menschheitsdrama endgültig verschwand, nicht der leidtragende Teil sein, denn es lag, da wir noch außerhalb der streitenden Parteien standen, als der Konflikt zwischen ihnen ausbrach, nicht in unserer Macht, seinen Ausgang nach der einen oder anderen Seite hin zu beeinflussen. Trotzdem aber werden wir uns gegen Versuche zu wehren haben, die Verantwortung für diesen Gang der Dinge auf unsere Schultern abzuladen, wie Deutschland ja stets den Sündenbock für alle möglichen und unmöglichen Fehler und Torheiten anderer Leute abgeben muß. Gott sei Dank besteht in diesem Falle volle Einmütigkeit in der deutschen Volksseele darüber, daß die Herren Luther und Stresemann weder etwas verfaßelt noch irgend etwas verschuldet haben.

Auch wenn der berühmte leere Stuhl im Völkerbundsaal also endlich von seinem seit Jahren vorbestimmten Inhaber eingenommen werden sollte — niemand wird von dieser Zeremonie, und wenn sie noch so feierlich und noch so stimmungsvoll gefeiert werden sollte, auch nur eine Spur von Freude mit nach Hause nehmen können. Es hat sich in diesen Tagen gezeigt, daß das Menschliche, das also Menschliche an den Männern, die ihre Staaten im Völkerbund zu vertreten haben, genau so hastig abfließt, wie es ehemals der Fall war, da es noch keinen Völkerbundpalast in Genf gab. Hier läßt sich offenbar die bittere Besorgnis der Sprachenverwirrung, statt endgültig überwunden zu werden, vielmehr zu einem System ausbilden, schon jetzt, wo Russen und Amerikaner noch dranhin stehen. Die von dieser Stille und von dieser Versammlung alles Heil erwartet haben, wie lange werden sie gegen die erdrückende Wucht der Tatsachen ihre fromme Gläubigkeit noch behaupten können?

Der Rat, der sich nicht zu raten weiß — das war die ursprüngliche Rolle, in der das von Briand und Chamberlain geleitete Kollegium der zehn sich vor den Völkern der neuen und der alten Welt bloßstellte. Es ist damit nicht allzusehr aus dem Rahmen herausgefallen, in dem auch sonstige Zeit- und Tagesgrößen von heute die Blöße ihrer Unfähigkeit nur zu deutlich erkennen lassen. Man muß schon andere Regionen des sozialen Lebens anschauen, wenn man Männer der Tat finden will, die den Volksgenossen neue Wege zu weisen verstehen. Als die zum Beispiel jene verwegenen Eindringlinge in Berlin zu nennen wären, die durch eine geschickte Kombination von Kanonenschlägen unter einem Hochbadnaband mit Steinwürfen in das gut ausgestattete Schaufenster eines Juwelierladens der Welt, oder, um nicht zu weit zu behaupten, wenigstens der Verbrecherwelt neue, bisher ungekannte Wirkungsmöglichkeiten erschlossen haben. Wir haben genug phantasiereiche Vorkämpfer innerhalb der Epithetensphäre, um sehr bald auf eine innerliche Fruchtbarmachung dieser funktionsgelähmten Arbeitsmethoden rechnen zu können. Und trifft es sich nicht ganz ausgezeichnet, daß diese weithin sichtbar gewordene Anregung gerade in diesen Tagen von Deutschland aus ausgeht? Könnten wir einen besseren Beweis dafür liefern, daß wir nicht nur von ihm zu nehmen bereit sind,

Briand droht mit dem Bruche.

Beratungen der Rheinpaktmächte.

Prüfung neuer Lösungsmöglichkeiten. Am Freitag vormittag sind nach kurzer Vorbesprechung zwischen den Delegationsführern die Rheinpaktmächte wieder zu einer Beratung zusammengetreten, die etwa drei Stunden dauerte. Über diese Beratung wurde folgendes von den Teilnehmern vereinbarte Kommuniqué ausgegeben:

Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Signatarmächte des Rheinpaktes wurden Freitag vormittag fortgesetzt. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten wurden zur Erörterung gestellt. Die Besprechungen wurden dann auf einen noch nicht bestimmten Zeitpunkt vertagt, um den Beteiligten Gelegenheit zur Prüfung der erörterten Lösungsmöglichkeiten zu geben.

Die Verhandlung ist, wie man sieht, sehr allgemein gehalten. Über den Inhalt der Besprechung wird strenges Stillschweigen bewahrt.

Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß in der Sitzung ein französischer Vorschlag zur Erörterung stand, der die Erweiterung des Rates auf die Bewilligung eines nichtständigen Rates beschränken will, und daß von anderer Seite neue Einigungsformeln in Vorschlag gebracht wurden. Diese beziehen sich auf die Einsetzung einer Kommission, der bestimmte Richtlinien gegeben werden in dem Sinne, die Erörterung über die künftigen Ratsarbeiten ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Briands „Vormarschplan“.

Besorgnisse in London.

Inzwischen ist Briand eifrig bemüht, die Gegensätze in Genf zu überbrücken. Sein „Vormarschplan“ sieht nach dem „Daily Telegraph“ folgendermaßen aus:

1. er wird versuchen, die Deutschen dazu zu bringen, sich ohne Bezug zu verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen;
2. er will den schwedischen Außenminister überreden, sein Veto gegen eine Erweiterung des Völkerbundes zurückzuziehen;
3. er wird einen Druck auf die spanischen und brasilianischen Vertreter ausüben, um sie zur Zurücknahme ihrer Austrittsdrohungen zu bewegen;
4. er wird endlich Graf Strangford davon zu überzeugen suchen, daß Polen nicht mehr als einen zeitweiligen Ratstitel erhalten könne.

Die Reuters Telegramme aus Genf, die bisher stets in einem Tone ruhiger Zuversicht gehalten waren, lauten jetzt sehr pessimistisch und sprechen davon, daß die aufgetauchten Hindernisse bisher unüberwindlich erscheinen. In einer Reutersmeldung aus Genf heißt es: Chamberlains einziges Ziel ist, die Katastrophe zu verhindern, die den Völkerbund und Europa bedroht.

Deutschlands unverrückbarer Standpunkt

Wie die Schweizerische Depeschengenerierung meldet, hielten die deutschen Vertreter bei einer Besprechung mit der französischen Delegation an dem Standpunkt fest, daß in dieser Session nur Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen sei und daß Deutschland zurzeit keine Verpflichtungen in bezug auf seine Zustimmung zu einer späteren Erweiterung des Völkerbundes abgeben könne. Es sei bereit, die Frage später zu prüfen, könne aber jetzt keine formellen Bedingungen eingehen.

Briand erklärte nach der Besprechung der gleichen Agentur zufolge, daß die versöhnende Aktion Frankreichs nach allen Richtungen hin geltend gemacht würde und daß nicht außer acht gelassen werden dürfe, daß der Vo-

lkerbund auch etwas zu geben haben, was den anderen Völkern zum Segen gereichen muß? Inwiefern auch mit Analeffekten, vor denen Männlein und Weiblein, bewaffnete und unbewaffnete Straßenpassanten scheunhaft das Weite suchen — das war wenigstens einmal eine „Kulturtaf“, deren Sprache allenthalben bestens verstanden werden wird. Dr. Sv.

Haslinde zur Landwirtschaftslage.

Tiefgehende Krise.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Der Berichterstatter, Abg. Dietrich-Waden (Dem.), wies auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hin, die seit teilweise am Erliegen.

Mangel an Vertriebskapital.

Reichsminister Dr. Haslinde führte u. a. aus, die Hauptschwierigkeit liege zurzeit nicht, wie in den früheren Jahren, in der Nahrungsmittelbeschaffung, sondern darin,

carnopatt durch Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Kraft gesetzt werde.

Völkervereinigung auf den Herbst?

In Völkervereinigungskreisen wurde vielfach die Ansicht geäußert, daß, wenn Brasilien und Spanien auf ihrem ablehnenden Standpunkt weiter verharren, nichts weiter übrigbleibt, als die Völkervereinigung und alle schwebenden Fragen auf den Herbst zu vertagen.

Scharfer Protest Schwedens in Madrid.

Anlässlich einer spanischen Demarche in Stockholm, bei der die Haltung der schwedischen Regierung in der Ratfrage als unfreundlich bezeichnet wurde, ist Schwedens seitens schwedischer Protest unter wiederholter Betonung des prinzipiellen Grundes für die Haltung der schwedischen Regierung in Madrid erhoben worden.

Deutschland lehnt den Vorschlag Briands ab.

Genf, 12. März. Der heutige Abend hat eine folgenschwere Entscheidung gebracht. Die deutsche Delegation ist, wie zu erwarten war, fest geblieben und hat alle neuerlich gemachten Kompromißvorschläge abgelehnt. Reichskanzler Dr. Luther hat um 7 Uhr abends dem englischen Außenminister Chamberlain hiervon Mitteilung gemacht.

Briands Drohung.

Paris, 12. März. Die Savas-Agentur gibt folgende Erklärung Briands über die Ablehnung des Vorschlages durch die Deutschen:

Wir haben heute vormittag den Deutschen einen vermittelnden Vorschlag gemacht, in dem wir bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen sind. Dieser Vorschlag bestand darin, Deutschland, wie es ihm verprochen war, einen ständigen Sitz zuzuteilen, den der Völkerbundrat ihm einstimmig angeboten hätte und andererseits gleichzeitig einen nichtständigen Sitz zu schaffen, den die Völkerbundsversammlung geneigt war, Polen zuzusprechen. Zu unserem großen Erstaunen ist dieser Vorschlag nicht angenommen worden. Die deutschen leitenden Kreise stellen weiter die Forderung, allein in den Völkerbundrat einzutreten.

Was uns betrifft, so hatten wir mit Freunden die Friedensvorschläge der deutschen Regierung im Februar 1925 aufgenommen und mit Freunden hatten wir mit Deutschland verhandelt und mit ihm die Abkommen von Locarno abgeschlossen. Aber man scheint in Deutschland die Bedingungen zu verweigern, unter denen wir „geneigt“ waren, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Wenn es wahr ist, daß wir ihm einen ständigen Sitz im Völkerbundrat und eventuell die Zuteilung eines Kolonialmandates versprochen hätten, so ist es nicht wehr, daß wir uns niemals den Deutschen gegenüber verpflichtet haben, „die Statuten des Völkerbundes zu verletzen.“ (!) Dieses Statut gab jedem Mitglied des Völkerbundes das Recht, seine Kandidatur für den Völkerbundrat aufzustellen oder für den zu stimmen, der ihm gutdünkt. Die Deutschen bekunden eine andere Ansicht, die wir nicht zulassen können.

Nach der Ablehnung von heute bleibt nicht mehr, wenigstens was uns betrifft, übrig, es sei denn, daß die Deutschen, indem sie über die unabwendbaren Folgen, die eine endgültige Ablehnung ihrerseits nach sich ziehen würde, im letzten Augenblick eine für uns annehmbare Lösung vorschlagen. Mehr kann ich nicht sagen. Die Tatsachen sprechen zur Genüge und ich bin vollkommen unfähig, zu erklären, was sich morgen wird ereignen können.

daß der Nährstand selbst, die deutsche Landwirtschaft, trotz intensiver Kraftaufwendung in den letzten Jahren und trotz der verhältnismäßig guten Ernte eine tiefgehende Krise durchmachte, die sich infolge des ungeheuren Drucks und mit Rücksicht auf die besondere Struktur der landwirtschaftlichen Erzeugung im Rahmen unserer Gesamtkrisis allmählich wie eine ausbreitende Krankheit auswirkte. Diese Krise der deutschen Landwirtschaft sei auf zwei Hauptursachen zurückzuführen: Einmal auf den völligen Mangel an Vertriebskapital und die hinzukommende Vertiefung in eine heftigste Wirtschaftskrise, eine Schuldverzinsung, die zu nicht untragbar hohen Zinsfüßen neben der sonstigen Verschuldung der Landwirtschaft, die durch den gewaltigen Zinsanstieg und andere bekannten Ursachen vergrößert werde. Dem liege mangelnde Rentabilität und Unverlässlichkeit der Massenprodukte (Waggen und Kartoffeln) gegenüber. Diesen von Reich und Staat eben notwendig. Der Auslandsmarkt müsse gestärkt werden. Die deutsche Gesamtwirtschaft könne ohne die Wiederherstellung der Produktionsgrundlagen der heimischen Landwirtschaft und deren Rentabilität nicht wieder